

Pressemitteilung:

Wer nicht will, wird gezwungen

NEIN zur Pflegekammer

Derzeit läuft eine angeblich repräsentative Umfrage unter 1.000 Pflegefachkräften zur Einrichtung einer Pflegekammer in Baden-Württemberg. Statt die Probleme zum Pflegenotstand anzugehen, wird der Bürokratismus aufgebläht. Die Mitgliedschaft ist berufslebenslang und zwangsverpflichtend für jede Fachkraft. Wer nicht zahlt, dem drohen Bußgelder bis zum Inkassoverfahren.

Während die Interessenvertretungen, auch der Beschäftigten in der Diakonie gemeinsam mit ver.di um die Verbesserung der Bedingungen in der Pflege ringen, vergibt die Politik die Chance ihrer gesetzlichen Regelungskompetenz. Es geht aber um kostendeckende Refinanzierung der Leistungen, eine angemessene Personalausstattung, Attraktivität des Berufes durch bessere Bezahlung und Nachwuchsförderung. Hier muss die Politik handeln und kann die Verantwortung nicht an eine Kammer abgeben. Eine Kammer hat gar keine Regelungsbefugnis in diesen zentralen Fragen, auch Tarifverhandlungen sind nicht ihre Aufgaben. Die geplante Pflegekammer ist ein Feigenblatt: Kostet Geld und bringt nix.

Zur Information:

Das „**NEIN zur Pflegekammer**“ formulierten die Mitarbeitervertretungen der ca. 45.000 Beschäftigten in der Diakonie auf ihrer Vollversammlung im Dezember 2017.

Diese Resolution wird bis April an Sozialminister Lucha übergeben.

Laut Verlautbarung des Sozialministeriums führt ein von ihm beauftragtes Institut im ersten Quartal 2018 „eine repräsentative Umfrage unter den Pflegefachkräften in Baden-Württemberg durch“. Dabei sollen mindestens 1.000 Pflegefachkräfte befragt werden.

2007 gab es in Baden-Württemberg lt. Statistischem Landesamt 100.000 Beschäftigte in der ambulanten und stationären Pflege. Selbst bei nur 50% Fachpersonal wäre eine Befragung von 1.000 Pflegefachkräften nicht mal ansatzweise repräsentativ zu nennen.

Für Rückfragen und weitere Informationen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Anlage: **Resolution**

Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen im Diakonischen Werk Württemberg (AGMAV)

Rund 45.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten in den ca. 300 Einrichtungen der Diakonie in Württemberg in allen Bereichen der sozialen Arbeit. Dabei sind fast die Hälfte aller Beschäftigten allein in den 6 Großkonzernen der Diakonie, nämlich der Evangelischen Heimstiftung, der Diakonie Stetten, der BruderhausDiakonie, dem Diakoniewerk Schwäbisch Hall, den Zieglerschen, den „Dienste für Menschen“ und der Evangelischen Gesellschaft, angestellt. Für diese 45.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gilt ein eigenes Kirchenrecht. Sie wählen deshalb eine Mitarbeitervertretung (MAV) statt eines Betriebsrates und sie haben auch keinen Tarifvertrag, sondern ein eigenes spezielles Arbeitsrecht, das nur für die Beschäftigten der Kirche und ihrer Diakonie gilt. Die MAVen haben sich zur Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen im Diakonischen Werk Württemberg zusammengeschlossen.

Impressum: AGMAV-Newsletter herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen (AGMAV) im Diakonischen Werk Württemberg,
v.i.S.d.P.: Uli Maier; Kontakt: 0152 5674 3010; E-Mail: ulrich.maier@diakonie-stetten.de
Redaktion: Susanne Haase (susanne.haase@agmav-wuerttemberg.de)
Anschrift: Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen im Diakonischen Werk Württemberg,
Heilbronner Straße 180, 70191 Stuttgart, Fon: 0711-1656 266, Fax 0711 - 1656 49 266,
E-Mail: info@agmav-wuerttemberg.de,
Homepage: www.agmav-wuerttemberg.de

Beschluss der AGMAV-Vollversammlung am 14. Dezember 2017

Resolution: NEIN zur PFLEGEKAMMER

Adressaten: Landessozialminister Hr. Manfred Lucha und Öffentlichkeit, z.K. DWW

NEIN zur PFLEGEKAMMER JA zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Pflege, und zwar jetzt!

Die Vollversammlung der Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen im Diakonischen Werk Württemberg (AGMAV) - die Interessenvertretung von über 40 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Diakonie in Württemberg - möchte Ihnen folgende Erklärung zur Kenntnis bringen und Sie auffordern, statt über eine Pflegekammer nachzudenken oder sie gar einzurichten, die dringend notwendigen politischen Entscheidungen zur Verbesserung der Pflege (mit) auf den Weg zu bringen.

Viele gute Gründe sprechen gegen eine Pflegekammer. Die geplante Zwangsmitgliedschaft mit Zwangsbeitrag, eine Berufsgerichtsbarkeit für angestellte Pflegekräfte und der Ausschluss vieler Berufsgruppen sind Beispiele, warum wir uns gegen eine Pflegekammer aussprechen. Anstelle einer Pflegekammer brauchen wir dringend **die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Pflege!**

- Die Pflege muss aufgewertet werden! Diese verantwortungsvolle Tätigkeit braucht Anerkennung und Wertschätzung, ausreichend Zeit für Qualifizierung, Gesundheitsschutz und eine bessere Bezahlung.
- Für eine gute Pflege und bessere Arbeitsbedingungen benötigen wir mehr Personal und gesetzliche Vorgaben zur Personalbemessung. Dies kann nur die Politik gewährleisten. **Eine Kammer hat hier keine Regelungskompetenz!**
- Erforderlich sind verbindliche Grundlagen für bessere Arbeitsbedingungen und effektiven Gesundheitsschutz der Pflegekräfte. Hier braucht es ordnungspolitische Vorgaben. **Eine Kammer hat hier keine Regelungskompetenz!**
- Zwingend nötig ist die Verbesserung der Finanzausstattung der Krankenhäuser sowie die Beseitigung der strukturellen Unterfinanzierung in der Altenpflege, damit Tarifabschlüsse bezahlt, Pflegekräfte angemessen vergütet und die Arbeitsbedingungen verbessert werden können. Die Entscheidungskompetenz liegt einzig und allein bei der Politik. **Eine Kammer hat hier keine Regelungskompetenz.**

**Sorgen Sie für bessere Rahmenbedingungen,
damit GUTE PFLEGE mit GUTEN ARBEITSBEDINGUNGEN realisiert
werden kann!**

WIR brauchen:

- **Vor allem mehr Personal und dessen Refinanzierung aufgrund gesetzlicher Vorgaben!**
- **Gesunde und verlässliche Arbeitszeiten!**
- **Gute Ausbildungsbedingungen: Gesicherte Praxisanleitung für die Auszubildenden, Zeit und Ressourcen für die Ausbildung!**